



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

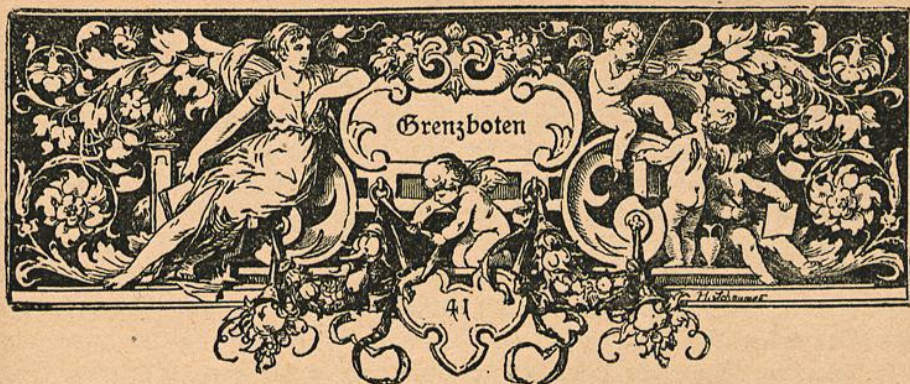
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kern, Fritz: Winterbeginn ohne Bürgerkrieg

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 9. Oktober 1921

Der ist kein Bürger, der nicht die eigene Sorge
vergibt in der Not des Allgemeinen.

Grillparzer

Winterbeginn ohne Bürgerkrieg

Von Fritz Kern



Deutschland durchlebt eine glanzlose Epoche seiner so wechselnd überschatteten Geschichte. Aber auf solchen von Persönlichkeiten, Macht und Glück verlassenen Zeiten lag manchmal schon der Segen der Zukunft. Nach dem dreißigjährigen Krieg hat unsere Volkstugend, die Liebe zur Arbeit, neue Fundamente in den Sumpf gelegt. In der dumpfen Zeit zwischen den Karlsbader Beschlüssen und der Paulskirche gründete der Zollverein den soliden Unterbau des Bismarckschen Reiches. Wenn die Einheit sich zur Arbeit gesellt, der nationale Wille zum Fleiß der Hände und Köpfe, dann ist das deutsche Volk allemal fürs erste geborgen.

Der vierte Winter auf den Ruinen des Reichs beginnt mit äußeren und inneren Leiden, die sich von denen der Vorjahre scheinbar nur dadurch unterscheiden, daß unser herabgestimmtes Selbstgefühl sich tiefer eingewöhnt hat. Knechtung an Rhein und Saar, Würfelspiel in Oberschlesien, Hussitenstiege im Böhmerland: das bezeichnet kurz die Spannweite unserer auswärtigen „Macht“. Schwindelnder Marksturz, Börsenfieber, Exporthauffe — Deutschland hat bald keinen Arbeitslosen, aber auch bald keinen Mittelstand mehr. Das große Volk, das von allen Völkern am wenigsten zur wirtschaftlichen Lässigkeit neigt, wird durch die vorübergehenden Sieger systematisch in den Staatsbankrott hineingepeitscht. Wir haben im abgelaufenen Jahr wieder zugelegt, Ordnung, Sauberkeit, guten Willen gegen die Kriegswunden gesetzt; wir sind jeder für sich ein tüchtiges Stück emporgeklettert. Aber nun sinkt aufs neue die ganze Wand, an der wir klettern. Ohne Stabilisierung der Mark keine Gesundung, ohne Revision des Versailler Mordfriedens keine Stabilisierung der Mark, ohne „irländische“ Einheit des deutschen Volkswillens keine Revision des Friedens — in dieser von der Arbeit zur Einheit führenden Gedankenkette haben wir vielleicht den Leitfaden

zum Verständnis der Dinge, die sich vorbereiten. Und wie der nüchterne Zollverein Königgrätz und Sedan möglich machte, so muß jetzt die Stabilisierung der Mark, als europäische, ja weltwirtschaftliche Notwendigkeit, die für England und Amerika fast noch dringlicher ist als für uns, die Wiederherstellung eines natürlichen Gleichgewichts der Völker vorbereiten, — ob die Welt will oder nicht. Jede extreme geschichtliche Lage wird durch sich selbst zur Mitursache ihres eigenen Umschlages.

Wie steht es nun jedoch mit der Einheit des Volkswillens, der Voraussetzung dafür, daß die gegenwärtige Schattenpartie unserer Geschichte durch lichtere abgelöst werden kann?

Mancher bürgerliche Leser hat sich die Augen ausgerieben, als er die Görlicher Beschlüsse der Sozialdemokratie in seiner Zeitung fand. So jäh über Nacht vernünftig? Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen. Und mancher sozialdemokratische Parteiführer spürt — trotz aller Federungen — einen Ruck im Parteigefährt, seit das Allheilmittel nicht mehr ausschließlich im Plündern der „Kassenschränke“ der Reichen angepriesen, sondern die Notwendigkeit anerkannt wird, die Industrie und andere „kapitalistischen“ Mächte als nationale Bundesgenossen in unserem schweren Kampf mit der Welt der Sieger und Reider anzunehmen. Urplötzlich, mit befremdender Fertigkeit, die eher an englische als deutsche innenpolitische Methoden erinnert, steht der Gedanke einer Koalition da, die nicht nur Böglers und Hermann Müllers, sondern infolge der kontinuierlichen Übergänge fast sogar Hergts und Hilferdings in Kontakt bringen soll. Wahrheit oder Dichtung? Siegt außenpolitische Not über innenpolitische Doktrin? Im Augenblick der Ausführung des Koalitionsgedankens beginnen die Bedenken und Kämpfe. Es fällt uns schwer, auf das Diktat der Weltlage hin die zweitausendjährigen nur selten unterbrochenen lieben querelles allemandes zu magazinieren. Wir erlebten ja soeben noch geradezu Spitzweg'sche Formen deutschen Bürgerkriegs. Wir sahen den Reichskanzler die Reichssturmfahne Rudolfs von Habsburg entrollen, um die bayerischen Burgen zu brechen; wir lasen mit Besorgnis von der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen Baden und Bayern. Kaum hat die deutsche Staatskunst diese Schauspiele eines regenlosen Sommers abgebrochen, da versetzt uns der Geburtskrampf der Koalition in ein zähes, stilles Ringen des keimenden Lebens all der werdenden Minister, die sich wie feindliche Zwillinge schon im Mutterleib bekämpfen. Aber die Kleinheit der Menschen soll nicht über die Größe der Verhältnisse täuschen. Der Gedanke der Koalition als solcher ist unleugbar ein großer Versuch, weil er die notwendige erste Stufe zur Irlandisierung des deutschen Volkes bedeutet. Insofern der Gedanke der Koalition außenpolitisch begründet ist, — statt etwa nur auf den Wacht Hungerregierungsfreudiger Parteien — insofern bedeutet er einen deutschen Sieg, den Sieg über unsere eigene Zerrissenheit. „Wer schlägt den Löwen, wer zwingt den Riesen?“ fragt Walther von der Vogelweide und antwortet: „Der sich selbst bezwingt.“ Alles hängt davon ab, ob der Geschäftspolitiker in der Koalition den Ton bestimmt oder der Patriot, Begehrlichkeit oder Opfersinn, das Knobeln um Landratsposten oder die Regelung der Reparationslasten.

Weil der außenpolitische Daseinszweck der Koalition die Behebung der weltwirtschaftlichen Anarchie, die Revision unseres Staatsbankrottes

ist, wird die Deutsche Volkspartei in ihr unentbehrlich sein als die Partei der großen wirtschaftlichen Mächte Deutschlands. Weil die Koalition um unser Dasein kämpfen muß, wird in ihr das nationale Moment führen, oder sie wird nicht sein.

Es handelt sich also diesmal nicht um eine gewöhnliche parlamentarische Verschiebung, sondern um den Wiederbeginn einer wirklichen deutschen Außenpolitik. Die Deutsche Volkspartei wird entweder jetzt die Möglichkeiten nationaler Haltung des niedergebrochenen Reiches neu begründen helfen oder sie wird, wenn sie diese Aufgabe verfehlen sollte, durch den Abstrom ihrer Wähler zur Deutsch-nationalen Volkspartei bestraft werden. Sie wagt Großes durch den Eintritt in die Koalition.



Über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Deutschen Reiches

Von Großadmiral v. Tirpitz

I.



loyd George hat in der Londoner Konferenz am 1. März dieses Jahres die Behauptung der Entente noch einmal offiziell ausgesprochen, der Vernichtungsfrieden von Versailles gründe sich auf die von Deutschland selbst anerkannte Schuld am Kriege und sei durch diese gerechtfertigt. Mit diesem Ausspruch ist die Bedeutung der Schuldfrage scharf gekennzeichnet. Wer mit einigem Ernst an die Frage herangetreten ist, weiß zwar, daß mit dieser Behauptung die Lüge einen ungeheuren Triumph feiert, aber die Geschicklichkeit unserer Feinde hat erreicht, daß ein großer Teil der Welt sie trotzdem für Wahrheit hält. Eine solche Fälschung der Kriegursache wäre durch die gewaltige Propaganda allein nicht möglich geworden, wenn sie nicht zugleich aus der Selbstmörder- und Selbstbezüglichungs-Ecke unseres eigenen Volkes heraus unterstützt worden wäre. Für diejenigen, welche einen persönlichen Einblick in die politischen Vorgänge besitzen oder die sich durch ernstes und vorurteilsfreies Studium ein Urteil verschafft haben, ist es daher zur Pflicht geworden, die Wahrheit über die politische Konstellation vor dem Kriege zur Geltung zu bringen.

Einen Teil der Schuldfrage bildet die Annahme, wir hätten durch Schaffung unserer Seemacht etwas Unrichtiges getan, die Engländer unnötig gereizt und damit einen wesentlichen Anstoß zum Kriege gegeben. Diese Ansicht hat bei allen denen natürlich eine Unterstützung gefunden, die durch eine unklare Politik die Eintreibungsbestrebungen der Entente gefördert und durch ungeschicktes Verfahren